

# Die Stärkung der Betriebsrente, wie sie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales interpretiert.



Betriebsrentner e.V.  
Postanschrift:  
Postfach 10 11 15  
86881 Landsberg am Lech  
Tel./Fax: 08105-3945281  
E-Mail: [info@betriebsrentner.de](mailto:info@betriebsrentner.de)  
Internet: [www.betriebsrentner.de](http://www.betriebsrentner.de)

## DIE WIRTSCHAFT FORDERT:

Verringerung der Lohnnebenkosten

- Reduzierung des Rentenbeitrags
- Reduzierung des Rentenniveaus

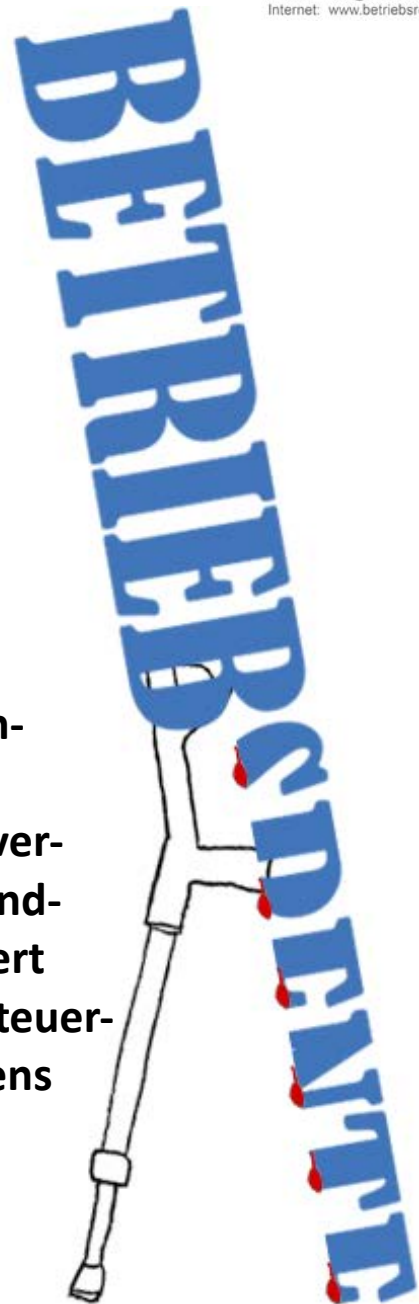
Zum Ausgleich soll die Privatvorsorge gestärkt werden

- Weitere Reduzierung der Renten  
(bei Entgelt bis zur Beitragsbemessungsgrenze)
- Der Arbeitgeber kann die Lohnnebenkosten weiter absenken
- Die Einnahmen der Kranken-/Pflegeversicherungen werden durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz gesteigert
- Der Arbeitnehmer soll Beihilfe aus Steuermitteln erhalten, wovon er mindestens 40 % selbst trägt

**Das ist doch schizophren!**

Vollends unverständlich wird das hirnlöse Gebrabbel von Frau Nahles wenn Sie auf Seite 2 weiterlesen.

**RENTNER**





Betriebsrentner e.V.  
Postanschrift:  
Postfach 10 11 15  
86881 Landsberg am Lech  
Tel./Fax: 08105-3945281  
E-Mail: [info@betriebsrentner.de](mailto:info@betriebsrentner.de)  
Internet: [www.betriebsrentner.de](http://www.betriebsrentner.de)

Autoindustrie und Banken  
setzen schuldhaft durch unredliche Maßnahmen  
Milliarden Euro in den Sand.

Das total gescheiterte Management zieht weiterhin  
Boni ein und weigert sich, auf Basis der doch so  
„nachhaltigen“ Erfolge gewährte Boni zurückzuzahlen.

Entlassene Vorstände werden in den meisten Fällen noch mit  
dem „goldenen Handschlag“ in die Wüste geschickt, können  
aber in Saus und Braus weiterleben.

Wer zahlt die Zeche? Völlig unschuldige Mitarbeiter verlieren  
ihren Arbeitsplatz und Herr Schäuble muss auf Milliarden  
Steuern verzichten, mit denen dringende Sozialaufgaben fi-  
nanziert werden könnten. (Schulen, Kinderbetreuungsein-  
richtungen, usw.)

Doch Frau Nahles stellt fest:

Verbesserte gesetzliche Regelungen für die betrieblichen Al-  
tersversorgung können nicht in Betracht gezogen werden,  
weil das die politisch angestrebte Ausweitung der betriebli-  
chen Altersversorgung behindern könnte – *noch Fragen?*

Gleichzeitig ist Frau Nahles für ein Gesetz verantwortlich, das  
langjährig Versicherte mit lückenloser Versicherungsvita auf  
Kosten der Versichertengemeinschaft (und nur der!!) schon  
mit 63 ohne Abzüge in Rente gehen lässt.